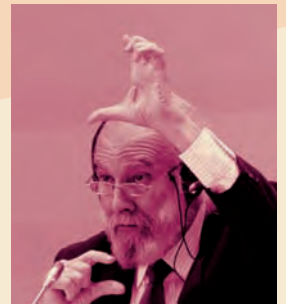


ZEIT FÜR GERECHTIGKEIT!

Eine internationale Themenwoche der FES
im Rückblick



ZEIT FÜR GERECHTIGKEIT!
EINE INTERNATIONALE THEMENWOCHE DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG
7.-10. November 2011



**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG

7. - 10. NOVEMBER 2011

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT 4

EINFÜHRUNG 5

MONTAG

GERECHTIGKEIT IN DER EINEN WELT 8

TREFFEN, SPRECHEN, LÖSEN 10

Globale Spielregeln 11

ES LIEGT IN UNSERER HAND 12

GERECHTIGKEIT AUS FEMINISTISCHER SICHT 13

GEGENSEITIGE ABHÄNGIGKEIT 14

GELD FÜR ALLE 16

MIT SICHERHEIT 18

HÖHERE SOZIALE ANERKENNUNG FÜR FRAUEN 19

ARABISCHER FRÜHLING – SCHREI NACH GERECHTIGKEIT 20

»BILD DES ISLAMISCHEN NEU GEPRÄGT« 21

KAMBODSCHA - NÄHSTUBE DER WELT 22

DIENSTAG

MITTWOCH

GLOBALER GESUNDHEITSFONDS 24

ALT UND ARM? 26

»DIE POLITIK KEHRT NACH SÜDAMERIKA ZURÜCK« 28

SOZIALDEMOKRATISCHE ANTWORTEN AUF GLOBALE KRISEN 30

»BILDUNG IST EIN RECHT DER JUGEND« 33

DONNERSTAG

PROGRAMM 34

PUBLIKATIONEN 36

IMPRESSUM 38

VORWORT

Der Arabische Frühling, die Occupy-Bewegung sowie die Proteste in Tel Aviv, Santiago de Chile und Madrid beherrschten die politischen Schlagzeilen des Jahres 2011. Wir wissen um die Unterschiede der weltweiten Proteste, aber wir wissen auch um ihre Gemeinsamkeiten: Sie alle eint der Ruf nach mehr sozialer Gerechtigkeit.



Die verschiedenen Dimensionen von Gerechtigkeit rücken wieder in den Fokus nationaler und internationaler Debatten. Soziale Ungleichheit, Klimawandel, Alterung der Gesellschaft und die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise – alle diese Themen werfen aus sozialdemokratischer Perspektive dieselbe Frage auf: Welche Politiken führen zu gerechten Lösungen für alle Menschen?

Antworten lassen sich nur gemeinsam und auf internationaler Ebene finden, denn kein Land kann diese Herausforderungen im nationalen Alleingang lösen. Daher lud die Friedrich-Ebert-Stiftung vom 7. bis 10. November 2011 Gäste aus der ganzen Welt zu einer internationalen Themenwoche mit dem Titel »Zeit für Gerechtigkeit!« ein.

In zahlreichen Veranstaltungen diskutierten die TeilnehmerInnen mit prominenten StreiterInnen über zentrale Fragen globaler Gerechtigkeit. Die Debatten zeigten, dass nicht nur die Suche nach gerechten Antworten, sondern vor allem deren Umsetzung Ausdauer und politische Kreativität erfordert.

Gerechtigkeit als Grundwert sozialer Demokratie ist ein Kernelement der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung im In- und Ausland. Die Förderung sozialer Gerechtigkeit und vor allem die Entwicklung innovativer Ansätze zur sozialen Teilhabe weltweit wird auch zukünftig ein zentrales Anliegen der internationalen Arbeit der FES bleiben.

Wir laden Sie bereits jetzt zur 2. Internationalen Themenwoche »Zeit für Gerechtigkeit!« vom 26. bis 29. November 2012 herzlich nach Berlin ein.

Dr. Peter Struck

Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung

EINFÜHRUNG

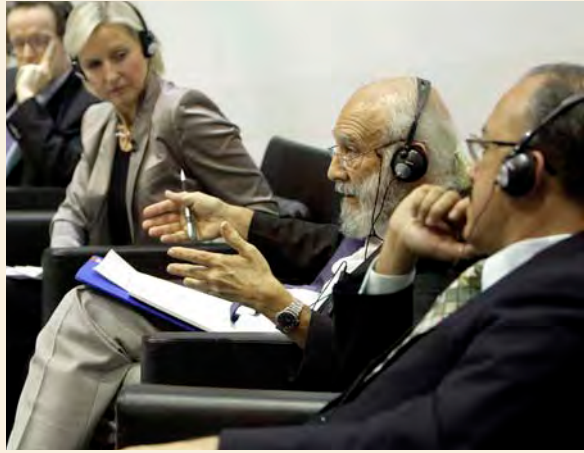
Für die Friedrich-Ebert-Stiftung sind Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Nachhaltigkeit leitende Prinzipien in der internationalen Politik. Sie gelten auch in einer globalisierten Welt – allerdings unter erschwerten Bedingungen. Deshalb gilt es zu überprüfen, mit welchen Mitteln und Strategien die Ziele der sozialen Demokratie auch in den internationalen Beziehungen erreicht werden können.

Eine der entscheidenden Zukunftsfragen wird angesichts steigender sozialer Ungleichheiten sein, ob und wie soziale Gerechtigkeit und globale Teilhabe umgesetzt werden. Die Auseinandersetzungen über die soziale Frage werden maßgeblich die künftige Konstitution der Welt bestimmen – dabei geht es sowohl um Verteilungsgerechtigkeit zwischen den reichen und den armen Ländern als auch um die eklatanten sozialen Unterschiede innerhalb von Gesellschaften. Politik muss so gestaltet werden, dass die sich weiter verschärfenden sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Unterschiede verringern. Bisher ist der Wert der Gerechtigkeit auf der globalen Ebene jedoch nur schwach verankert. Bis heute streiten sich Philosophen darüber, ob Gerechtigkeit eine globale Dimension haben kann. Kritiker des Konzepts der globalen Gerechtigkeit sind der Ansicht, dass die Reichweite moralischer Pflichten über staatliche Grenzen nicht hinausgeht. Der umfassende Gleichheitsgedanke der sozialen Demokratie, der über die minimalistische Version von Abwehrrechten gegenüber dem Staat hinausgeht und auch die Materialisierung von Gleichheitsrechten berücksichtigt, muss jedoch auch in der internationalen Politik konkretisiert werden. Tatsächlich gibt es – wie etwa den Health Impact Fund – nur sehr wenige konkrete Vorschläge zur Förderung von mehr globaler Gerechtigkeit. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, dazu beizutragen, dass globale Gerechtigkeit quer durch die Politikfelder – von der Armutsbekämpfung, über die Weltwirtschaft und die Klimapolitik bis hin zu technologie- und sicherheitspolitischen Fragen – als ein starker Bezugspunkt in der internationalen Politik verankert wird.

In diesem Sinne veranstaltete die Friedrich-Ebert-Stiftung im November 2011 die Themenwoche »Zeit für Gerechtigkeit!«, der ein Jahr intensiver Debatten über Gerechtigkeitsfragen vorausging. In allen Weltregionen griff die Friedrich-Ebert-Stiftung zentrale gerechtigkeitspolitische Fragestellungen auf und diskutierte mit ihren Partnern innovative Lösungsansätze und Ideen zur weiteren politischen Umsetzung. Viele der TeilnehmerInnen unserer regionalen Konferenzen in Afrika, Asien, Lateinamerika sowie aus dem Nahen Osten/Nordafrika nahmen auch an der Veranstaltung in Berlin teil, um die Diskussionsergebnisse in die Debatte während der Themenwoche einzubringen.

Zahlreiche VertreterInnen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft nahmen sich in 15 Veranstaltungen »Zeit für Gerechtigkeit«, um über verschiedenste Dimensionen der Gerechtigkeit zu diskutieren. Im Fokus standen neben grundsätzlichen Fragen zur globalen Gerechtigkeit vor allem gerechte Sozialpolitik, Klima- und Geschlechtergerechtigkeit sowie die Bedeutung von sozialer Gerechtigkeit für die gesellschaftlichen Umbrüche und Konflikte in den unterschiedlichen Weltregionen.

Die Ergebnisse der Debatten und Eindrücke der Woche dokumentieren wir für Sie in dieser Broschüre.



7. NOVEMBER
2011

MONTAG

GERECHTIGKEIT IN DER EINEN WELT

TREFFEN, SPRECHEN, LÖSEN

Globale Spielregeln

ES LIEGT IN UNSERER HAND

GERECHTIGKEIT AUS
FEMINISTISCHER SICHT

GEGENSEITIGE ABHÄNGIGKEIT

GELD FÜR ALLE



GERECHTIGKEIT

GERECHTIGKEIT IN DER EINEN WELT

WAS GERECHT ODER UNGERECHT IST, BLEIBT OFT EINE FRAGE DER PERSPEKTIVE.
IST GERECHTIGKEIT DENNOCH EIN UNIVERSELLER WERT? UNGERECHTIGKEITEN HINNEHMEN
SOLLTE NIEMAND.



2011 war das Jahr weltweiter Empörung: Arabischer Frühling, Jugendproteste in Europa und Südamerika, Occupy-Bewegung – zahlreich, lautstark und kreativ protestierten die Menschen gegen die zunehmende Ungerechtigkeit. In Entwicklungsländern, aber auch in aufstrebenden Schwellenländern und Industrienationen, wächst die soziale Kluft. Die Schere zwischen Arm und Reich wird sowohl innerhalb der Gesellschaften als auch zwischen den Staaten größer. Als Konsequenz wird der Ruf nach globaler Gerechtigkeit immer lauter.

Was aber ist globale Gerechtigkeit? Gibt es dafür universell gültige Normen? Und wenn ja, wie können sie umgesetzt werden? Über diese Fragen diskutierten die TeilnehmerInnen zum Auftakt der FES-Gerechtigkeitswoche. Eingeladen waren der ehemalige philippinische Menschenrechtsaktivist und derzeitige Präsidenschaftsberater Ronald Llamas, der Gerechtigkeitstheoretiker und »Weltverändererdenker« (Die ZEIT) Thomas Pogge, die Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance Gesine Schwan, sowie aus Brasilien Francisco Whitaker Ferreira, Mitgründer des Weltsozialforums.

»Eine wesentliche Herausforderung liegt in der Vieldeutigkeit des Begriffs Gerechtigkeit«, sagte Jürgen Kocka, Mitglied des FES-Kuratoriums, in seiner Eingangsrede.

Sprechen wir zwangsläufig auch von Gleichheit, wenn wir über Gerechtigkeit diskutieren? Welcher Grad und welche Art von Ungleichheit ist gerecht oder ungerecht? In den vergangenen Jahrzehnten wurden diese Fragen nur am Rande thematisiert, die politische Agenda dominierte das Credo des freien Marktes. Die gegenwärtige Krise des Kapitalismus offenbare das »Auseinandertreten von Entscheidung und Haftung, den Gegensatz von individualisierten Gewinnen und sozialisierten Verlusten«, sagte Kocka. Dies widerspreche dem Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen. Die Diskussionen um aktuelle Krisen lassen sich deshalb nicht isoliert vom Begriff der Gerechtigkeit führen.

Globale Armut ist vermeidbar!

Ronald Llamas forderte zudem die Einbeziehung verschiedener Dimensionen von Gerechtigkeit: »Wir können nicht von wirtschaftlicher Ungerechtigkeit sprechen, ohne dass wir auch Gender-, Ökologie- sowie Generationsfragen ansprechen.«

Dass eine Milliarde Menschen an Unterernährung leiden, ist für den Philosophen Thomas Pogge das eklatanteste Problem globaler Ungerechtigkeit. Hunger sei vor allem eine Folge von Armut. Auf der Erde gebe es genug Ressourcen, um über zwölf Milliarden Menschen zu ernähren. »Wenn wir ein bis zwei Prozent des Welteinkommens zu Gunsten der Armen verschieben würden, könnten wir die globale Armut völlig abstellen. Armut ist eine eindeutige und vermeidbare Ungerechtigkeit!«, mahnte Pogge. Die Weltgemeinschaft habe die moralische Pflicht, Armut durch eine gerechte Einkommensverteilung zu vermeiden.

EINE FRAGE DER VERANTWORTUNG

Doch wer trägt die Verantwortung für eine gerechtere Welt? Besonders problematisch erschien es den Diskussteilnehmern, dass die Regeln für das globale Zusammenleben längst nicht mehr auf nationaler, sondern auf internationaler Ebene festgesetzt werden – oftmals unter undemokratischen und intransparenten Vorzeichen. Während der Einzelne kaum direkte Einflussmöglichkeiten besitzt, unterliegen nationale Regierungen auf globaler Ebene weniger Rechenschaftspflichten.

Für Gesine Schwan ist das Dilemma globaler Gerechtigkeitsdefizite die Machtasymmetrie zwischen Nationalstaaten und multinationalen Konzernen: »Wenn Märkte die Oberhand gewinnen, erübrigt sich die Frage nach Gerechtigkeit – nicht moralisch, sondern machtpolitisch.« Global agierende, zivilgesellschaftliche Akteure könnten ein Gegengewicht bilden. Konkret schlug Schwan vor, dass nationale Institutionen mit internationalen Nichtregierungsorganisationen transnationale Koalitionen bilden, um gemeinsam globale Gerechtigkeit zu befördern.

für jeden von uns und kein abstraktes, philosophisches Begriffsgebilde. Jeder sollte sich fragen, ob man die eigenen Mittel nicht teilen muss«.

Am Ende waren sich die DiskussteilnehmerInnen einig: Nie war es einfacher, sich politisch zu engagieren, als in unserer globalisierten und vernetzten Welt. »Wir müssen lernen uns auf globaler Ebene zusammenzuschließen, bei den globalen Verhandlungen mitzuwirken und uns dort auch durchzusetzen!«, forderte Pogge. Auch die anderen Podiumsgäste appellierten, globale Ungerechtigkeiten nicht weiter hinzunehmen, sondern durch öffentliche Kampagnen konkrete Handlungen von nationalen Regierungen und internationalen Organisationen einzufordern. »Politik nicht zu betreiben ist das Schlimmste, was man politisch machen kann«, zitierte Chico Whitaker einen brasilianischen Bischof.



»GERECHTIGKEIT IST KEIN ABSTRAKTES, PHILOSOPHISCHES BEGRIFFSGEBILDE, ES IST EINE LEBENSPERSPEKTIVE«

An diesem Punkt setzt das Weltsozialforum an, gemäß seinem Motto: Eine andere Welt ist möglich. Unabhängig von politischen Parteien und nationalen Regierungen versteht sich das Forum als zivilgesellschaftliche Antwort auf das Weltwirtschaftsforum in Davos. Auf Basis der Werte Gerechtigkeit und Solidarität sucht die organisierte Zivilgesellschaft dabei nach Wegen, um globale Ungerechtigkeiten ins Bewusstsein der Bevölkerung zu rufen. Für Chico Whitaker, einen Mitbegründer des Forums, ist globale Gerechtigkeit »eine Lebensperspektive, ein Ziel



Francisco »Chico« Whitaker Ferreira
 Mitbegründer des Weltsozialforums und Träger des
 Alternativen Nobelpreises, Brasilien



STATEMENT

TREFFEN, SPRECHEN, LÖSEN
 STATEMENT

Mein Konzept von Gerechtigkeit hängt eng mit zwei Begriffen zusammen: Gleichheit und Menschenwürde. In der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es: »Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren«. Das Problem ist, dass wir das noch lange nicht verwirklicht haben. Deswegen müssen wir uns als Lebensziel setzen, alles zu tun, um auf der Welt Gerechtigkeit zu schaffen. Alle Institutionen, die wir zur Lösung unserer gemeinsamen Probleme schaffen, müssen darauf ausgerichtet sein, menschliche Bedürfnisse

zu befriedigen. Die Staaten haben dafür zu sorgen, damit sich jeder Einzelne voll entfalten kann. Sie dürfen jedenfalls nicht allein im Dienste der Wirtschaft stehen, die sich an Geld und Gewinn orientiert.

Damit wir gemeinsam für Gerechtigkeit arbeiten und sie global umsetzen können, ist es notwendig, dass wir Menschen uns treffen und kennen lernen. Wir müssen zusammen diskutieren, wichtige Fragen identifizieren und gemeinsam Lösungen finden. Das Weltsozialforum schafft dafür einen offenen Raum, den jeder nutzen kann. Es gibt soziale Foren auf allen möglichen Ebenen: global, regional, lokal – aber es sind immer Räume, in denen die Menschen nach den besten Lösungen suchen können.

Seit unserer Geburt stehen wir alle miteinander in Verbindung. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir auch weiterhin miteinander verbunden sind, dass wir nicht allein leben und handeln können, und dass wir die anderen nicht vergessen dürfen. Wir sind permanent auf Interaktionen und unsere gemeinsame Arbeit angewiesen. In diesem Bewusstsein müssen wir weiterarbeiten.

GLOBALE SPIELREGELN INTERVIEW

Ist Weltsozialgerechtigkeit ein Menschheitsziel oder nur eine Illusion?

Es ist ein Ziel, das verwirklicht werden sollte. Globale Regeln sind für jeden einzelnen Menschen wichtig, sie können die Lebensverhältnisse in allen Erdteilen beeinflussen. Diese Regeln müssen wir gerecht gestalten, so dass alle Bürger in jedem Land davon profitieren.

Wie erreichen wir eine gerechtere Ordnung?

Der wichtigste Aspekt sozialer Gerechtigkeit sind globale Spielregeln. Sie müssen so gestaltet werden, dass sie die Menschenrechte so weit wie möglich schützen. Die Regeln haben direkte Auswirkungen auf die Wirtschaftsströme oder auf die Demokratiechancen in Entwicklungsländern – je nachdem wie die Spielregeln eingesetzt werden, wird Demokratie wahrscheinlicher oder weniger wahrscheinlich.



Wer soll die Veränderungen der Weltordnung durchsetzen? Vereinte Nationen, G20 oder andere Staatenbündnisse wie die EU?

Alle diese Akteure haben eine Verantwortung, denn alle tragen sie zur Ausformung der internationalen Regeln bei. Aber auch der einzelne Bürger steht in der Verantwortung. Die meisten Menschen sehen es nicht als ihre Pflicht, sich für eine gerechte Außenpolitik einzusetzen. Sie delegieren die Verantwortung an ihre Regierungen, die ihre eigenen Interessen vertreten sollen. Es geht aber nicht nur um nationale Wirtschaftsinteressen, sondern um die Verantwortung für Gerechtigkeit in der Welt.

Sie sagen: Armut sei ein zu bewältigendes Problem. Warum fehlt der politische Wille?

Fehlender Wille ist tatsächlich das größte Problem. Politiker sind vor allem an ihrer Wiederwahl interessiert und wir Bürger geben ihnen eben nicht das Gefühl, dass globale Armut für uns eine entscheidende Priorität hätte. Zudem fühlen wir uns nicht verantwortlich: Entweder, weil wir die bestehenden globalen Regeln für nicht ursächlich ansehen, oder weil wir glauben, lokale Faktoren verursachen Armut. Die Menschen wissen nicht, wie leicht dieses Problem heute zu bewältigen wäre: Die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen den obersten fünf Prozent und dem untersten Viertel ist heute 300:1. Wenn nur ein Prozent des Welteinkommens zugunsten der Ärmsten verschoben würde, wäre die globale Armut ausgerottet.

Thomas Pogge

Professor für Philosophie und Internationale Beziehungen
an der Yale University, USA

VARIOUS & GOULD

ES LIEGT IN UNSERER HAND

EIN LIVE-KUNSTWERK DES DUOS VARIOUS & GOULD

Sechs überdimensionale, geöffnete Hände empfingen die Gäste zur Auftaktveranstaltung der Gerechtigkeitswoche im Foyer der FES. Das Künstlerduo Various & Gould hatte die Siebdrucke zuvor auf eine torwandgroße Leinwand geklebt. Noch vor der eigentlichen Eröffnung und unter den neugierigen Blicken der Gäste begannen die KünstlerInnen

etwa Migration, Identität, Arbeit oder die Finanzkrise in Angriff. Siebdruck, Collage und Plakat sind ihre bevorzugten Techniken. Kein Wunder, ihre Arbeiten sind beeinflusst von (politischer) Plakatgrafik, Dada und Pop Art. Besonderes Merkmal: die starke Farbigkeit sowie die mehrdeutige Verknüpfung von Symbolen, Assoziationen und Klischees.



Weitere Bilder und Informationen unter: www.variousandgould.com



ihre Assoziationen von Gerechtigkeit in einer Collage zu gestalten. Im Anschluss an die Podiumsdiskussion war das Kunstwerk fertig. Fünf Hände waren jetzt mit einem Gegenstand versehen, etwa einem Apfel für Nahrung, Handschellen für Unfreiheit oder einem Diamanten, der Reichtum symbolisierte. Nur eine Hand, die blieb leer. Ist das gerecht? Die Berliner KünstlerInnen arbeiten seit 2005 zusammen. Ihre Leidenschaft für Papier, die Begeisterung für zufällige Schönheit im Alltag und gemeinsame Projekte mit KünstlerfreundInnen, vor allem aber die Arbeit im öffentlichen Raum sind Grundlage ihrer Zusammenarbeit. Undogmatisch nehmen Various & Gould gesellschaftlich relevante Themen wie

GERECHTIGKEIT AUS FEMINISTISCHER SICHT

FRAUEN ZEIGEN NEUES SELBSTBEWUSSTSEIN, MÄNNER BLEIBEN IN ALTEN ROLLENBILDERN STECKEN – OHNE SOLIDARITÄT BLEIBT DER WEG ZUR GLEICHBERECHTIGUNG STEINIG.

FEMINISTISCHER

»FRAUEN SIND BESONDERS VON
ENTSOLIDARISIERUNG, ARMUT UND
AUSGRENZUNG BETROFFEN«

Die Rolle der Frauenbewegung(en) im Kampf für soziale Rechte, die Ökonomisierung des Diskurses über Gendergerechtigkeit und der Wandel der Sozialstrukturen zur gleichberechtigteren Reproduktionsarbeit – diese drei Themen dominierten die Veranstaltung »Solidarität in der Ungleichheit – Gerechtigkeit aus feministischer Sicht«. »Die Schere zwischen Arm und Reich wird größer und die Märkte treiben die Politik vor sich her. Frauen sind besonders von Entsolidarisierung, Armut und Ausgrenzung betroffen«, sagte Christa Randzio-Plath, Vorsitzende des mitveranstaltenden Marie-Schlei-Vereins.

Die TeilnehmerInnen waren sich einig: Auch zwischen Globalem Süden und Globalem Norden ist Solidarität möglich, wenn Diskriminierungen überall bekämpft würden und eine neue Kultur gesellschaftlichen Zusammenhalts entstünde. Flouridah Awuor Ogutu vom Center for Partnership and Civic Engagement hob das neue Selbstbewusstsein vieler Frauen hervor. Nach Ansicht der

kenianischen Menschenrechtsaktivistin blieben Männer gleichzeitig oft in alten Rollenbildern stecken. Trotzdem sei der Weg zur gleichberechtigten Besetzung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Führungspositionen noch lang und steinig. Und Diana Aguiar von der brasilianischen Association for Women's Rights in Development sagte: »Ohne eine Änderung der sozialen Strukturen, ohne eine moderne Definition von Elternschaft, die zu gleichen Teilen den Vater und nicht allein die Mutter in die Verantwortung nimmt, bleiben Ungerechtigkeiten bestehen.«



Ähnlich argumentierte Alexander Nöhring, vom Gender-KompetenzZentrum. Für ihn droht Solidarität abhanden zu kommen, wenn keine vorurteilsfreie Erziehung möglich ist. Auf internationaler Ebene, sagte Dr. Christa Wichterich vom Frauenforum, müsse das »WIR« stärker in den Vordergrund der Debatte rücken und die politische Einflussnahme zum Markenzeichen für eine globale Gerechtigkeitsdiskussion werden. Fazit der Veranstaltung: Ohne weltweite Solidarität keine soziale Gerechtigkeit!

GEGENSEITIGE

GEGENSEITIGE ABHÄNGIGKEIT

ANSTIEG DES MEERESSPIEGELS, DÜRREN UND GLETSCHERSCHMELZEN – DIE FOLGEN DES KLIMAWANDELS TREFFEN ALLE MENSCHEN. GEMEINSAME LÖSUNGEN SIND ERFORDERLICH.

Während die Auswirkungen des Klimawandels in Deutschland noch nicht unmittelbar spürbar sind, sind sie für viele, vor allem arme Länder bereits heute einer existenziellen Bedrohung. Auf der Fachkonferenz »Für eine gerechte Klimapolitik: Internationale Perspektiven vor dem Weltklimagipfel in Durban« tauschten sich PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen aus Bangladesch, Brasilien, China, Deutschland, Indien, Mexiko und Südafrika darüber aus, was Gerechtigkeit im Bereich der globalen Klimapolitik heißen kann – und soll.

Ausgangspunkt der Debatte war ein gemeinsames Verständnis: Gerechtigkeit ist ein zentrales Element im Kampf gegen den Klimawandel. Klar war allerdings, dass es keine einheitliche Begriffsdefinition geben würde. Die Zusammensetzung des Podiums mit VertreterInnen aus Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern – Staaten mit unterschiedlichen CO₂-Fußabdrücken und Entwicklungsstadien – war dafür zu unterschiedlich.

WESTLICHES WACHSTUMSMODELL KEIN VORBILD

Dass jene Länder am härtesten unter den Folgen des Klimawandels leiden, die wenig bis gar nicht dazu beigetragen haben, ist zweifelsfrei ungerecht. Gleiches gilt für zukünftige Generationen, sie werden Leidtragende unserer heutigen Lebensweise sein. Entsprechend betrachteten die TeilnehmerInnen Klimagerechtigkeit als ein vieldimensionales Konzept, das nicht auf die verbreitete,



aber zu vereinfachende Interpretation des Prinzips der »common but differentiated responsibilities« reduziert werden könne. Eine solche Sichtweise würde alleine auf Fragen der Lastenteilung und den historisch begründeten Konflikt zwischen Industrienationen und Entwicklungs- und Schwellenländern abzielen. Zwar forderten TeilnehmerInnen aus Brasilien, Mexiko und Bangladesch auch für ihre Länder ein Recht auf Entwicklung, gleichzeitig dient ihnen das alte, westlich geprägte Wachstumsparadigma nicht mehr als Vorbild. Sie wollen neue Wege der

Entwicklung beschreiten: Wirtschaftswachstum, Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe müssten zusammengedacht werden.

Wie sich Klimagerechtigkeit in der Praxis umsetzen ließe, darüber herrschte Uneinigkeit. Frank Schwabe, klimapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, bekannte sich zur historischen Verantwortung der Industrienationen. Er betonte aber auch, dass »uns diese Einsicht bei der Suche nach Lösungen nicht weiterhilft«. Die ExpertInnen aus den Schwellenländer, allen voran aus China und Indien, verwiesen dagegen auf den doppelten Druck, dem sie sich in der Klimapolitik ausgesetzt sehen: Während es in ihren Ländern immer noch Entwicklungsdefizite gebe, erwarte man gleichzeitig von ihnen die Lösung einer Krise, die aus einem Entwicklungsmodell resultiere, das die westlichen Industriestaaten einst propagierten. Insofern erwarten sie nicht nur die Anerkennung einer moralischen Schuld, sondern konkrete politische Schritte von den Industrieländern. Die müssten die



Ursachen und nicht allein die Symptome des Klimawandels beheben. Das bedeutet konkret: drastische Emissionsreduktionen. Vor allem die Europäische Union sei in der Pflicht, bei der Klimapolitik voranzuschreiten und eine aktive Führungsrolle einzunehmen.

KLIMAGERECHTIGKEIT ALS BÜRGERRECHT?

Die VertreterInnen Bangladeschs, Brasiliens, Mexikos und Südafrikas hoben zudem die besondere Rolle der Zivilgesellschaft hervor. Sie nannten soziale Inklusion und die Stärkung sozialer Gerechtigkeit als zentrale Bestandteile der Debatte um Klimagerechtigkeit. Der mexikanische PRD-Abgeordnete Alajandro Encinas berichtete, dass man in Mexiko diskutiere, Klimagerechtigkeit als Bürgerrecht zu definieren. Andererseits gingen mit dem Recht auf nachhaltige Entwicklung auch Pflichten einher. Der Kampf gegen die globale Erwärmung sei nicht alleine Gegenstand der Politik, sondern auch eine Frage des Lebensstils und erfordere entsprechende Beiträge von Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Im Laufe der Debatte wurde deutlich, dass Klimagerechtigkeit ein gesellschaftlich wie politisch hochkomplexes Thema ist. Die FES-Konferenz bot jedoch die Chance zum Dialog und stärkte das gegenseitige Vertrauen. Letztlich ist die Grundvoraussetzung von Klimagerechtigkeit die Anerkennung der gegenseitigen Abhängigkeit, in der wir uns mit Blick auf unser Klima befinden. Der Abgeordnete Saber Chowdhury, Vorsitzender der überfraktionellen Parlamentariergruppe zu Klimawandel und Umwelt in Bangladesch, brachte es auf den Punkt: »If we fail to save one country we fail to save all of us.«



GELD FÜR ALLE

IN EUROPA UND ANDEREN TEILEN DER WELT SPRICHT MAN DARÜBER, IM NAMIBISCHEN OTJIVERO-OMITARA PROBIEREN SIE ES AUS: DAS GRUNDEINKOMMEN.

FÜR ALLE



in der Armutsbekämpfung rücken verschiedene Ansätze sozialer Grundsicherung aber wieder stärker in den Mittelpunkt entwicklungspolitischer Debatten.

Mit Grundeinkommen zu einer gerechteren Welt? Für die Friedrich-Ebert-Stiftung dokumentierte der Fotograf Peter Dammann das Pilotprojekt und die Auswirkungen des Grundeinkommens in Otjivero-Omitara. Seine im Jahr 2010 aufgenommenen Bilder wurden auf der Gerechtigkeitswoche ausgestellt. Das Projekt selbst wird seit Ende

2008 startete ein zweijähriges Pilotprojekt in einer der ärmsten Regionen Namibias. Ein breites Bündnis gesellschaftlicher Gruppen – unter anderem der Friedrich-Ebert-Stiftung – unterstützte das Experiment. Jeder Einwohner aus der Dorfgemeinschaft von Otjivero-Omitara erhielt etwa zehn Euro im Monat. Die Erfolge nach zwei Jahren sind ermutigend: Unterernährung, Arbeitslosigkeit und Kriminalitätsrate sind deutlich gesunken, fast alle Kinder gehen zur Schule. Zudem eröffneten viele Kleinunternehmen wie Backstuben, eine Ziegelbrennerei und andere Handwerksbetriebe.

Trotzdem sind Grundeinkommen in der Entwicklungszusammenarbeit ein umstrittenes sozialpolitisches Instrument. Die einen halten sie für einen Rückfall in die Zeit des Almosenverteils, die anderen sehen darin eine Voraussetzung für die Überwindung von Ausgrenzung und Armut. Wegen der insgesamt ungenügenden Bilanz



der Pilotphase 2010 mit privaten Spenden weitergeführt. Ob die namibische Regierung es in Zukunft unterstützt, ist noch unklar.

8. NOVEMBER 2011

DIENSTAG

MIT SICHERHEIT

HÖHERE SOZIALE ANERKENNUNG
FÜR FRAUEN

ARABISCHER FRÜHLING – SCHREI NACH
GERECHTIGKEIT

»BILD DES ISLAMUS NEU GEPRÄGT«

KAMBODSCHA - NÄHSTUBE DER WELT



MIT SICHERHEIT

SOZIALSYSTEME VERHINDERN DEN ABSTURZ IN DIE ARMUT, BETROFFENEN ERMÖGLICHEN SIE EINEN AUSWEG. ÜBER SOZIALE MINDESTSTANDARDS UND INNOVATIVE INSTRUMENTE TAUSCHTEN SICH TEILNEHMERINNEN EINER FACHKONFERENZ AUS.

Der Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit führt über eine Trias aus Mindestschutz durch Sozialtransfers, aktive Arbeitsmarktpolitik und Zugang zu Sozialversicherungen auch für die Ärmsten. So lautete ein zentrales Ergebnis der Fachkonferenz mit TeilnehmerInnen aus Asien, Lateinamerika, Afrika, dem arabischen Raum und Europa über innovative Ansätze für Soziale Sicherheit.

Chico Whitaker, Mitbegründer des Weltsozialforums und Träger des Alternativen Nobelpreises, eröffnete die Debatte mit einem eindringlichen Appell für mehr soziale Gerechtigkeit. Angesichts des enormen Reichtums, den es auf der Welt gebe, dürften wir nicht akzeptieren, wenn in Folge der globalen Krise eine ganze Generation junger Menschen abgehängt werde. »Wir müssen jetzt die politischen Stellschrauben identifizieren, die zur Stärkung von sozialer Gerechtigkeit führen,« rief der brasilianische Aktivist zum Kampf für soziale Gerechtigkeit auf.

»GERECHTIGKEIT IST EINE ENTSCHEIDENDE GRUNDLAGE FÜR WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG UND PROSPERITÄT«

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Karin Roth sagte, dass soziale Sicherheit nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit sei, sondern eine entscheidende Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung und Prosperität. Nur wenn es soziale Stabilität und Sicherheit gebe, könne nachhaltiger Wohlstand entstehen. »Soziale Sicherung ist keine Frage von Almosen, sondern integraler Bestandteil einer nachhaltigen und modernen Entwicklungspolitik«, sagte Roth. Sie verwies insbesondere auf die Forderungen der internationalen Arbeitsorganisation ILO nach sozialer Mindestversorgung (»Social Protection Floor«). Diese seien

insbesondere für Menschen im informellen Sektor sowie für Frauen, Kindern, Behinderte und Ältere – die Schutzbedürftigsten – von großer Bedeutung.

In der Diskussion mit VertreterInnen aus 18 Ländern wurde klar, dass die globale Debatte über soziale Gerechtigkeit vor allem durch die weltweite Rezession im Jahr 2009 eine neue Dynamik erfuhr. Die Krise führte in vielen Ländern zur Erosion sozialer Sicherheit und steigender Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig wurde dadurch das neoliberale Paradigma des »Washington Konsens« in Frage gestellt: Soziale Gerechtigkeit wird zunehmend als Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und nicht mehr als Behinderung dieser gesehen.

INSTRUMENTE SOZIALER SICHERUNG

An ausgewählten Beispielen debattierten die TeilnehmerInnen der Konferenz über die entscheidenden Instrumente sozialer Sicherung und Inklusion: Sozialtransfers, Sozialversicherungen und Arbeitsmarktpolitik.

Sozialtransferprogramme können vor Armut schützen, Beispiele dafür sind »Bolsa Familia« in Brasilien und Mexikos »Oportunidades«. Das brasilianische Sozialprogramm etwa unterstützt arme Familien finanziell, wenn sie ihre Kinder impfen und zur Schule schicken. So wird mit überschaubarem Aufwand viel erreicht: Das Budget entspricht nur einem halben Prozent des brasilianischen Bruttoinlandsproduktes, erreicht aber über elf Millionen Familien und insgesamt 44 Millionen Menschen.

Viele Sozialversicherungssysteme setzen regelmäßige Beitragszahlungen voraus, die an stabile Einkommen geknüpft sind. In ärmeren Ländern dominieren jedoch meist Arbeitsverhältnisse, die nicht vertraglich abgesichert sind. Bis zu neunzig Prozent der Beschäftigungen sind informell.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie man die »working poor« dennoch sozial absichern kann. Sozialversicherungen sollten schließlich kein Privileg für Wohlhabende sein. Anregung bietet die Flexibilisierung von Beitragssätzen in Brasilien. Bei geringem Einkommen sinken diese von 20 Prozent auf zwei bis fünf Prozent, trotzdem



besteht ein garantierter Mindestschutz. Auch Indonesien hat sein Sozialversicherungssystem reformiert: Beitragszahlungen für Bedürftige übernimmt der Staat ganz oder teilweise und hilft damit den 76 Millionen ärmsten Bürgern.

ÖFFENTLICHE BESCHÄFTIGUNG UND MINDESTLOHN

Vor der Armutsfalle und einem Kreislauf der Abhängigkeiten können auch Arbeitsmarktprogramme schützen. In Indien und Südafrika beispielsweise garantiert die Regierung jedem/-er Arbeitslosen an hundert Tagen im Jahr eine öffentlich geförderte Beschäftigung – mit Mindestlohn. Positiv sei, dass sich die Einkommenssituation für die Ärmsten stabilisiert habe. Auch die Infrastruktur insbesondere in ländlichen Regionen profitiere davon und der soziale Zusammenhalt festige sich. Allerdings führten die Beschäftigungsprogramme in der Regel nicht zu einem Zuwachs von Qualifizierung und damit zu sozialem Aufstieg, bemängelten die ReferentInnen.

Ein Hauptaugenmerk der Diskussion lag auf dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit. Besonders Frauen sind häufig auf staatliche Unterstützung angewiesen, was nicht zwangsläufig zu einer Verbesserung ihrer Lebenssituation führt. Im Gegenteil: Schlimmstenfalls droht sogar die Abhängigkeit von einem paternalistischen Fürsorgesystem und die Verfestigung tradierter Rollenbilder. Maßnahmen für mehr Geschlechtergerechtigkeit müssten den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen und eine Politik umfassen, die Frauen einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt verschafften.

HÖHERE SOZIALE ANERKENNUNG FÜR FRAUEN INTERVIEW

Experten stehen »Public Works«-Programmen skeptisch gegenüber. Was unterscheidet das südafrikanische »Community Works Programme« (CWP) von traditionellen Ansätzen?

Das Programm unterscheidet sich durch seine demokratische Ausrichtung. Über Projekte entscheiden die Gemeinden selbst. Damit bietet dieses Programm eine zusätzliche Möglichkeit zur Entwicklung von Organisationsfähigkeiten, die sonst nur in formalen Beschäftigungsverhältnissen erworben werden können.

Erhalten Beschäftigte in dem CWP die gleichen Löhne wie Arbeiter außerhalb des Programms? Wie sieht es insgesamt mit der Einhaltung von Arbeitsstandards aus?

Die Beschäftigten in dem Programm erhalten die gleichen Löhne wie ihre KollegInnen, die entsprechende Tätigkeiten ausüben. Das südafrikanische Arbeitsrecht gilt auch für öffentliche Beschäftigungsprogramme. Verstöße gegen Kernarbeitsnormen können wir nicht feststellen.

In welchem Umfang profitieren Frauen vom Programm?

Durchschnittlich 58 Prozent der Beschäftigten in dem Programm sind Frauen. Sie profitieren von dem Programm indem sie für ihre Tätigkeiten in der Kinderbetreuung oder der Altenpflege entlohnt werden und zugleich auch eine höhere soziale Anerkennung erfahren.

INTERVIEW
Dr. Khayaat Fakier
University of the Witwatersrand Johannesburg, Südafrika





DIENSTAG, 08.11.2011

SCHREI ARABISCHER FRÜHLING – SCHREI NACH GERECHTIGKEIT

DIE ARABISCHE JUGEND FEGTE ALTE STRUKTUREN WEG, DOCH DIE ZUKUNFT BLEIBT UNGEWISS. SETZEN SICH DEMOKRATIE UND FREIHEIT TATSÄCHLICH DURCH?

Wirklich vergleichen lassen sich die Proteste in Kairo, Tel Aviv, Athen oder Santiago de Chile nicht. Dass 2011 vor allem junge Menschen weltweit für Gerechtigkeit demonstrierten, sei aber schon auffällig, sagte Jochen Steinhilber von der FES zum Auftakt der Veranstaltung »Vom Arabischen Frühling zur gerechten Demokratie?«. Die stärksten politischen Umwälzungen der vergangenen Monate erlebten zweifelsohne die Menschen in der arabischen Welt. Auch hier forderten insbesondere die Jungen Demokratie und grundlegende Freiheitsrechte. Sie stellen rund ein Drittel der Bevölkerung und sind oft besser gebildet als ihre Eltern. Zwar fegten ihre Proteste die alten Strukturen hinweg, das Ergebnis bleibt jedoch unklar und ambivalent: Einerseits herrscht Aufbruchsstimmung, auf der anderen Seite ist die Zukunft unsicher – vor allem, was die erstarkte (und in Europa gefürchtete) Rolle des politischen Islam betrifft.

»EUROPA MUSS SICH ZÜGELN, DIE WELT NACH SEINEM EIGENEN BILD ZU FORMEN.«

Sind vor diesem Hintergrund (ger)echte Demokratien zu erwarten? Darüber sprachen der tunesische Gewerkschaftsaktivist Habib Guisa, der SPD Außenpolitiker Rolf Mützenich und Michael Meyer-Resende von Democracy Reporting International auf dem Podium. Eine zentrale Forderung: (Europäische) Demokratieförderung müsse innovativer gestaltet und festgefahrene Konzepte überdacht werden. Jochen Steinhilber mahnte: »Europa

muss sich zügeln, die Welt nach seinem eigenen Bild zu formen.« Das Nebeneinander von Demokratieförderung und einem robusten militärischen Mandat wie etwa in Libyen erscheine deshalb zumindest fragwürdig.

»Es begann mit einem Schrei nach Gerechtigkeit, dann folgten eine Radikalisierung und die Forderung nach demokratischen Konzepten«, erinnerte Habib Guisa. Dass neben Gewerkschaftsvertretern die Jugend der wichtigste Träger der Revolution in Tunesien gewesen sei, bestätigt auch er. Vor allem die rund 150.000 Jungakademiker, die oft arbeitslos seien, hätten den Arabischen Frühling getragen. Die Ereignisse seien beispielhaft für eine demokratische Revolution, ohne Ideologie und Führerkult. Welch entscheidende Rolle die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit spielte, zeige laut Guisa ein tunesischer Slogan, übernommen in der arabischen Welt: »Arbeit ist eine Notwendigkeit, Ihr Diebe«.

»DIALOG IST DER SCHLÜSSEL FÜR VERÄNDERUNGEN.«

Soziale Ungleichgewichte, Bad Governance und wirtschaftliche Krise – »das Regime war am Ende«, sagte Guisa. Tunesien kam aber in dieser Situation seine große Verfassungs- und Demokratietradition zugute: Modernistische Werte – Gleichstellung der Frau, Abschaffung von Polygamie und gemischte Schulklassen (bereits seit 1956) – trugen erheblich zu den politischen Umwälzungen bei. Dennoch sei Tunesien sowohl durch politischen als auch durch religiösen Autoritarismus bedroht. Der Wahlsieg der An-Nahda bei den Parlamentswahlen sei insofern für die Modernisten enttäuschend, sagte Guisa. Man müsse



der islamischen Partei jedoch eine Chance geben und abwarten, ob sie das demokratische Projekt des Arabischen Frühlings – und damit Säkularismus, Frauenrecht und soziale Gerechtigkeit – akzeptiert. Falls dies nicht geschehe, werde die tunesische Revolutionsbewegung diese Errungenschaften mit allen Mitteln verteidigen, prophezeite der tunesische Gewerkschaftler.

Ob Tunesien nach dem Wahlerfolg der An-Nahda um die Früchte der Revolution fürchten muss und welche Rolle Europa dabei spielt, thematisierte Rolf Mützenich. Die Nichtanerkennung des Hamas-Wahlsiegs in Palästina 2006 habe Europa geschadet, sagte der SPD-Abgeordnete.

Die Welt hat sich 2011 stark verändert – überall gehen Menschen auf die Straßen. Ist der Arabische Frühling ein Vorbild auf dem Weg zu einer gerechten Demokratie?

Der Mut der Menschen in der arabischen Welt überzeugte viele: Es lohnt sich zu demonstrieren, weil es zu Veränderungen führen kann – eine inspirierende Vorstellung, die vom Arabischen Frühling auch auf andere Bewegungen überschwappen könnte. Natürlich waren die drängenden Probleme in den Ländern offensichtlich. Dass aber insbesondere junge Menschen, darunter viele mutige Frauen, dagegen demonstrierten, hat das Bild des Islams in der Öffentlichkeit neu geprägt. Oft wurde die arabische Welt falsch gedeutet, ihr Rückständigkeit und Ähnliches attestiert. Das stimmt aber nicht!

Werden die Protestierenden des Arabischen Frühlings tatsächlich ihre Ziele erreichen?

»BILD DES ISLAM NEU GEPRÄGT« INTERVIEW

Derartige Bewegungen – das kennen wir aus Europa – haben Höhepunkte, aber auch Tiefpunkte. Wahrscheinlich waren die Erwartungen zu hoch. Aber Resignation ist nicht angebracht. Die Menschen haben demonstriert, um Veränderungen zu erreichen. Ich bin mir sicher, dass sie dieses Ziel nicht aufgeben werden. Sie nehmen ihr Schicksal weiter in die Hand.

Wie kann deutsche Außenpolitik demokratische Prozesse in den betroffenen Ländern unterstützen?

Die Veränderungen müssen von innen kommen, aber wir sollten die Menschen unterstützen. Als Europäer sollten wir

»Die EU hat dadurch erheblich an Überzeugungskraft verloren«. Deshalb forderte er Deutschland und die EU auf, den Wahlsieg von An-Nahda anzuerkennen. Man müsse auch mit denjenigen Kräften im Dialog stehen, mit denen man viele Werte nicht teile. »Dialog ist der Schlüssel für Veränderungen«, sagte er. Und ohne absolute Mehrheit im Parlament müsse schließlich auch An-Nahda Kompromisse eingehen.

Viele Bundestagsabgeordnete hätten Hochachtung vor den Errungenschaften der arabischen Freiheitsbewegung gegenüber den despotischen Regimen, sagte Mützenich. Im Übrigen gelte es für westliche Staaten aufgrund früherer Kooperationen mit autoritären Regimen, Demut zu üben. Die arabische Bevölkerung hat jedenfalls durch die Ereignisse der vergangenen Monate, bei denen auch viele verschleierte Frauen für Freiheit demonstrierten, ein differenziertes Bild des Islam vermittelt.

INTERVIEW

Rolf Mützenich

Mitglied des Bundestags und außenpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion



Rahmenbedingungen schaffen, damit sich die Verhältnisse verbessern. Sie müssen vor allem sozial gerechter werden. Wir dürfen aber nicht zu viel erwarten. Es wird – um bei diesem Beispiel zu bleiben – dort mittelfristig keine Form der sozialen Gerechtigkeit geben, wie sie sich in Deutschland und Europa über 150 Jahre entwickelt hat. Wir können diesen Prozess jedoch unterstützen. Das ist der beste Weg, um Frieden in der Region herzustellen.

KAMBODSCHA

KAMBODSCHA - NÄHSTUBE DER WELT

SIE ARBEITEN HART - AUSREICHENDEN LOHN UND SOZIALE ANERKENNUNG BEKOMMEN SIE NICHT. IN KURZFILMEN ÜBER TEXTILARBEITERINNEN ZEICHNEN JUNGE KAMBODSCHANISCHE FILMEMACHERINNEN EIN EINDRINGLICHES BILD VON DER TEXTILINDUSTRIE IHRES LANDES.



»Made in Cambodia« – jedes zehnte T-Shirt weltweit trägt dieses Siegel. Die Textilindustrie ist größter Wirtschaftsmotor des südostasiatischen Landes. Doch die Löhne in der Textilbranche sind niedrig. »Ich verdiene 55 US-Dollar im Monat, mit Überstunden komme ich schon mal auf 85 US-Dollar«, klagt eine Arbeiterin im Film »Ein Tag in der Fabrik«. Seit einigen Jahren setzt sich die Internationale Textilarbeitergewerkschaft (ITGLWF) für »living wages« in der asiatischen Textilindustrie ein. Nach ihren Studien wären 93 US-Dollar in Kambodscha notwendig, um die Grundbedürfnisse pro ArbeiterIn zu decken. Viele könnten damit ein besseres Leben führen, am gesellschaftlichen Stigma der TextilarbeiterInnen würde sich jedoch kaum etwas ändern: »Die Gesellschaft verachtet uns. Man blickt auf uns herab«, sagt eine junge Frau im Film.

Besonderen Eindruck hinterließ der Beitrag »Ein Tag Urlaub von der Fabrik«. Er begleitet eine 20-jährige Textilarbeiterin beim Besuch ihrer Familie auf dem Land. Wie schmerzvoll die Trennung für sie ist, erkennen die ZuschauerInnen, als sie ihren Sohn in die Arme schließt. Der Junge wächst in der Obhut seiner Großmutter auf, während die junge Näherin den Lebensunterhalt für die gesamte Familie verdient – plus den Arztkosten für ihre kranke Mutter. »Was soll ich machen? Nur ich kann für sie aufkommen«, sagt die Frau resigniert. Sie selbst leistet sich nur das Allernötigste, ihre Schulden kann sie nicht begleichen.

Im Rahmen der Gerechtigkeitswoche präsentierte die FES vier Kurzfilme im Sputnik-Kino in Berlin-Kreuzberg. Sie sind ein gemeinsames Projekt der FES, des »Better Factories Programme« der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und des kambodschanischen Kulturinstituts Meta House. 2012 entstehen in der Reihe über die Textilwirtschaft in Kambodscha noch zwei weitere Kurzfilme.

9. NOVEMBER

2011

MITTWOCH



GLOBALER GESUNDHEITSFONDS

ALT UND ARM?

»DIE POLITIK KEHRT NACH
SÜDAMERIKA ZURÜCK«



GLOBALER GESUNDHEITSFONDS

GESUNDHEIT

UNGERECHTIGKEIT IM GESUNDHEITSEKTOR KOSTET WELTWEIT HUNDERTTAUSENDE DAS LEBEN. LÄSST SICH EIN MENSCHENRECHT AUF GESUNDHEIT UMSETZEN? IST EIN INTERNATIONALER FONDS DIE LÖSUNG?

»Wo küßt dat Geld her?« – fragte Ingrid Matthäus-Maier, Vorsitzende des FES-Kuratoriums und bekennende Rheinländerin, als sie die Veranstaltung »Gesundheit für alle Menschen« eröffnete. Zuvor hatte sie die Bedeutung von Gesundheit in Gerechtigkeitsdiskursen betont: Im Vergleich zu Deutschland hätten Menschen in Ländern des globalen Südens eine geringere Lebenserwartung, die Kindersterblichkeit sei höher und es gebe zu wenig medizinische Innovationen bei Krankheiten, von denen besonders arme Menschen betroffen seien. Wie zukünftig Medikamente und Gesundheitsdienstleistungen global und gerecht finanziert und bereitgestellt werden könn-



ten, diskutierten der Philosoph Thomas Pogge, Christian Wagner-Ahlf von der Med4all-Campaign, die Bundestagsabgeordnete Karin Roth und Hasbullah Thabrany, Professor für öffentliche Gesundheit an der Universität von Indonesien.

Für Thomas Pogge würde ein optimales System jedem Patienten Zugang zu notwendigen Medikamenten ermöglichen, unabhängig von seiner Herkunft und seinem Einkommen. Medizinische Forschungsgelder würden in Innovationen fließen, die den größten Gesundheitsnutzen versprechen. Die Realität skizziert er – wenig überraschend – anders: Einen universellen Zugang zu Medikamenten gibt es nicht. Forschung und Innovationen sind wegen ungleicher ökonomischer Möglichkeiten auf wenige, reiche Länder fokussiert. Zudem gehen die Kosten für Lobbyarbeit, Patentrechte, Marketing und Rechtsverfahren der Pharmaindustrie in die Preise ein. »Ein großer Batzen Geld, der für die Erforschung neuer Medikamente fehlt«, klagt Pogge. Die Folge: In weniger entwickelten Staaten sterben täglich 50.000 Menschen – ein Drittel aller Todesfälle! – durch vermeidbare oder heilbare Krankheiten wie Durchfall, Malaria, Tuberkulose oder Hepatitis.



HÖHERE WIRKSAMKEIT = HÖHERE VERGÜTUNG

Als Alternative schlägt Pogge den »Health Impact Fund« (HIF) vor, einen überwiegend von Staaten finanzierten und auf Leistung basierenden Vergütungsmechanismus. Pharmafirmen könnten sich entscheiden, ob sie ihre Produkte auf dem normalen Markt oder in einem alternativen Markt, dem HIF, anbieten wollen. Entscheiden sie sich für den HIF, müssten sie ihr Produkt weltweit zum geringstmöglichen Preis verkaufen. Als Ausgleich bekämen sie eine Vergütung, die sich an der Verringerung der Krankheitslast bemessen würde, für die das Produkt verantwortlich ist. Klingt kompliziert, ist es laut Pogge aber nicht. Für die Friedrich-Ebert-Stiftung hat er sein Konzept ausführlich dargelegt (siehe Publikationsliste).

Vorteile des Konzepts: Auch Arme könnten sich Medizin leisten und würden von positiven Gesundheitseffekten profitieren. Für Krankheiten, die überwiegend in gering entwickelten Ländern auftreten, würden mehr Forschungsgelder ausgegeben. Pharmafirmen eröffneten sich neue Märkte und hätten Interesse an der flächendeckenden Verbreitung ihrer tatsächlich wirksamen Produkte. Auch Staaten würden profitieren, weil medizinische Pseudo-Innovationen nicht länger über teure Patentzahlungen subventioniert und die Ausgaben für Gesundheit effizienter verteilt würden. Als Anschubfinanzierung wären laut Pogge sechs Milliarden US-Dollar notwendig. Neben Staaten könnten langfristig auch private Geldgeber dazukommen. Ein Pilotprojekt in Indien soll beweisen, dass der HIF in der Praxis funktioniert. Institutionell könnte der Gesundheitsfonds an den bestehenden »Global Fund« andocken.

KONFLIKT: PRIVATE UNTERNEHMENS- UND ÖFFENTLICHE GESUNDHEITSINTERESSEN

Christian Wagner-Ahlf, Med4all-Campaign, äußerte sich in der Diskussion kritisch zum HIF. Zwar lobte er Pogges Ansatz, weil der den gesundheitlichen Nutzen in den Fokus stelle und eine globale Perspektive einnehme. Dennoch sieht er einen zentralen Konflikt zwischen privaten Unternehmens- und öffentlichen Gesundheitsinteressen. Seine Forderung: »Forschung muss stärker öffentlicher Verantwortung unterliegen, als es der HIF vorsieht«. Dazu müsste der Patentschutz gelockert werden.

Einen Ausgleich zwischen beiden Positionen forderte die Bundestagsabgeordnete Karin Roth (SPD). Wie Wagner-Ahlf ist sie der Meinung, dass medizinische Forschung eine wichtige öffentliche Aufgabe bleibe: »Gesundheit

ist ein öffentliches Gut, kein Privates«. Doch dürfe das Kooperationen vor allem ab der kostenintensiven klinischen Testphase nicht ausschließen. Die Zusammenarbeit müsse aber an Bedingungen geknüpft werden. Der HIF – Roth selbst sitzt im Beirat – stehe nicht im Widerspruch zu einem öffentlichen Forschungsinteresse, sondern sei eine sinnvolle Ergänzung. Statt ihn zu verdammen, müssten »Schnittpunkte gesucht werden«. Wichtig sei die Einbeziehung der Weltgesundheitsorganisation (WHO), über die die Gesundheitssysteme der Staaten reformiert werden müssten. »Allein das Medikamentenangebot zu verbessern, reicht nicht«, sagte Roth.

INDONESIEN PROBIERT ES AUS

Auch der indonesische Gesundheitsexperte Hasbullah Thabrany unterstützt die Grundidee des HIF. Auf nationaler Ebene probiere man ähnliche Mechanismen in Indonesien bereits aus: Mit Pharmafirmen werden Vereinbarungen über Preise getroffen und die Wirksamkeit von Medikamenten überprüft, bevor sie in die nationale Medikamentenliste aufgenommen werden. »Wir müssen versuchen, die Denkweise der Öffentlichkeit zu ändern und Druck aufzubauen«, forderte er.

Ob der HIF die globalen Gesundheitsprobleme lösen können, ist schwer vorauszusehen. Das Konzept klingt vielversprechend, jetzt muss aber erst das Pilotprojekt überzeugen. Ob Pharmakonzerne bereit sind, sich den Bedingungen des HIF zu unterwerfen und ihre bisherige Marktmacht aufzugeben, bleibt fraglich. Ebenso ist die Frage unbeantwortet, wie einheitlich die Staatengemeinschaft hinter dem Projekt steht. Haben Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer wirklich dieselben Interessen? Ist Ländern mit einer traditionell starken Pharmaindustrie wie Deutschland an Strukturveränderungen und möglicherweise sogar Einschränkungen im Gesundheitsmarkt gelegen? Fest steht, dass Staaten ein grundlegendes Interesse am medizinischen Fortschritt haben sollten. Deshalb dürfen sie die Verantwortung für medizinische Forschung nicht aus der Hand geben.

ALT UND ARM?

WÄHREND IN ANDEREN WELTREGIONEN IMMER MEHR KINDER GEBOREN WERDEN, VERGREISEN EUROPAS GESELLSCHAFTEN. EINE HERAUSFORDERUNG FÜR GESELLSCHAFT, POLITIK UND RENTENSYSTEME.

Die Vermeidung von Altersarmut wird in Zukunft eine der größten politischen Aufgaben in Europa sein. Der Paritätische Wohlfahrtsverband schätzt, dass bis zum Jahr 2025 alleine in Deutschland etwa zehn Prozent aller RuheständlerInnen eine Rente unterhalb der Grundversicherung beziehen werden. Ähnliche Entwicklungen erwarten Fachleute auch in anderen europäischen Ländern.

Verantwortlich für diese Entwicklung seien Rentenreformen, die auf den Ausbau individueller Altersvorsorge abzielten, sagte der Rentenexperte Harald Stöger auf der Fachkonferenz »Alt und arm? – Gerechte Rentenpolitik in Europa«. Als weitere Ursache für steigende Altersarmut führen ExpertInnen den Wandel der Arbeitsgesellschaft an, insbesondere die Zunahme atypischer Erwerbsbiographien: Ausweitung des Niedriglohnssektors, hohe Arbeitslosigkeit sowie die große Zahl prekär Beschäftigter sind Faktoren, die für das steigende Armutsrisiko im Alter relevant sind.



RENTENSYSTEME IN DÄNEMARK, SCHWEDEN UND GROSSBRITANNIEN

In dem Workshop verglichen die TeilnehmerInnen die gesetzliche, betriebliche und private Rentenvorsorge in Dänemark, Schweden und Großbritannien. Und sie diskutierten, welchen Beitrag jedes einzelne System zur Vermeidung von Altersarmut leistet. In Dänemark und Schweden versucht man Armutsrisiken durch eine breite Basisrente oder Garantierente zu mindern, berichteten die Forscher Sven Jochem und Karen Anderson. Ausgezahlt wird sie unabhängig von individuellen Erwerbsverläufen.

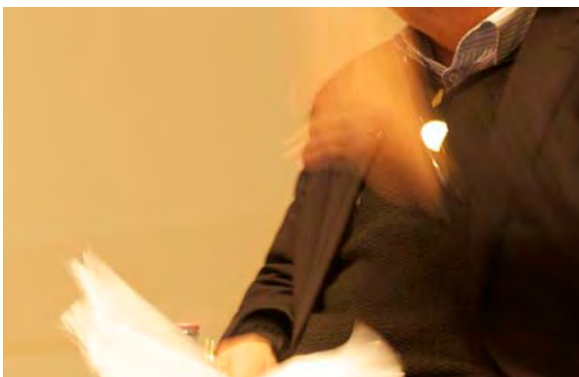
eingeleiteten Reformen nicht mehr zu. In Deutschland steigt dagegen das Risiko für kommende RentnerInnen: Die Reform der gesetzlichen Rentenversicherung wurde versäumt und stattdessen zu viel Hoffnung auf private Mechanismen wie die Riesterrente gesetzt. Kontrovers diskutierten die TeilnehmerInnen, ob und in welchem Ausmaß eine private und betriebliche Vorsorge die gesetzliche Rentenversicherung unterstützen, ergänzen oder sogar ersetzen könnte. Und ob Rentenpolitik nicht europaweit geregelt werden müsste.

MINDESTRENTE SCHÜTZT VOR ARMUT



Im Anschluss an die Fachgespräche diskutierten VertreterInnen aus Politik, Wissenschaft und Gewerkschaften auf einem öffentlichen Podium. SPD-Sozialexperte Ottmar Schreiner sowie DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach kritisierten politische Versäumnisse der letzten Jahre. Kernpunkte der Diskussion waren Folgen, Probleme und Chancen der Erhöhung des Rentenalters sowie eine Debatte über die Einführung einer Mindestrente. Sie könnte die zunehmende Zahl von Freiberuflern und Berufsunterbrechern vor Armut schützen. Als Expertin europäischer Rentensysteme verglich die Wissenschaftlerin Barbara Riedmüller unterschiedliche Systeme. Anschließend ging sie auf die besonderen Anforderungen und rentenpolitischen Vorteile in den jeweiligen Länder ein.

Der britische Rentenexperte Alan Napier sagte, dass die heutigen Rentner in Großbritannien einem großen Armutrisiko ausgesetzt sind, weil in der Vergangenheit die freiwilligen Mechanismen zum Rentenausgleich zu stark und die verpflichtenden zu wenig ausgebaut wurden. Auf künftige Generationen treffe dies aufgrund der



Viele Jahre regierte eine Mitte-Links-Koalition Chile, trotzdem protestieren die Bürger gegen das als ungerecht und profitorientiert kritisierte Bildungssystem. Was ist schief gelaufen?

Die Mobilisierung der chilenischen Studenten hat in der Tat die gesamte Gesellschaft erfasst und die Schwächen des viel gepriesenen »Modells Chile« offengelegt. Gründe sind die höhere soziale Mobilität und stark wachsende Studentenzahlen und vor allem die hohen Gebühren für Bildung. Chilenische Universitäten fordern weltweit mit die höchsten Studiengebühren. Der Regierungskoalition ist in all den Jahren keine wirkliche Bildungsreform gelungen, sie zeigte auch kein besonderes Interesse daran. Das gesamte Modell einer Kommerzialisierung der öffentlichen Güter, das Ergebnis einer der dogmatischsten Anwendungen des neoliberalen Modells ist, steht heute auf dem Prüfstand.

INTERVIEW

»DIE POLITIK KEHRT NACH SÜDAMERIKA ZURÜCK« INTERVIEW

Viele lateinamerikanische Länder erweiterten in den vergangenen Jahren ihre Sozialsysteme. Ist das konjunkturell bedingt oder ein nachhaltiger, qualitativer Politikwandel?

Wahrscheinlich ist es eine Kombination aus Beidem. Die progressiven Regierungen verfügen durch hohe Exporterlöse über mehr Ressourcen als ihre Vorgänger. Aber es gibt auch eine neue Auffassung von der Rolle des Staates in der Ökonomie und ein breiteres Bewusstsein darüber, dass eine Politik sozialer Inklusion notwendig ist.

Was ist neu an dieser Politik?

Noch konzentriert man sich vor allem auf Einkommenstransfers, also Programme mit »Gutscheincharakter«. Glanzpunkte sind dabei das »Familienstipendium« (»Bolsa Familia«) in Brasilien und das Kindergeld in Argentinien. Aber in einigen Fällen – etwa Uruguay, teilweise auch in Argentinien – haben die Gewerkschaften ihre Verhandlungsmacht gestärkt. In Uruguay nimmt die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder sogar wieder zu. Ergebnis: Die Armut nimmt ab.

Wie nachhaltig sind diese Programme?

Reine Transferprogramme wie Bolsa Familia sind wichtig. Entscheidend ist aber eine Agenda für die Zeit nach dem Rohstoffboom. Man braucht Entwicklungsmodelle und Umverteilung, vor allem auch Verbesserungen im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie Steuerreformen.

Könnte Europa von den Erfahrungen der vergangenen Jahre in Südamerika profitieren?

Aus lateinamerikanischer Sicht scheinen die Grenzen zwischen Konservativen und Sozialdemokraten in Europa zu verwischen. Die europäische Linke, die seit dem 19. Jahrhundert die Linke in der ganzen Welt beeinflusst hat, scheint vor der Herrschaft des Neoliberalismus zu kapitulieren. Man muss natürlich differenzieren und sollte den »Linksruck« in Lateinamerika nicht romantisieren. Aber was Südamerika heute auszeichnet, ist die Rückkehr der Politik gegenüber der Haltung »There is no alternative« in der Zeit des Neoliberalismus.



Pablo Stefanoni

Chefredakteur Nueva Sociedad, Argentinien

10. NOVEMBER 2011 DONNERSTAG

SOZIALDEMOKRATISCHE ANTWORTEN
AUF GLOBALE KRISEN

»BILDUNG IST EIN RECHT DER JUGEND«



ANTWORTEN

SOZIALDEMOKRATISCHE ANTWORTEN AUF GLOBALE KRISEN

VERSCHIEDENE ASPEKTE VON GERECHTIGKEIT STANDEN AUF DER FES-THEMENWOCHE IM FOKUS. ÜBER POLITISCHE SCHLÜSSE UND FORDERUNGEN DEBATTIERTEN SOZIALDEMOKRATINNEN AUF DER ABSCHLUSSVERANSTALTUNG.

»Gerechtigkeit« – ein Schlagwort, dass sich wohl in jedem Parteiprogramm findet. Aber was bedeutet es für SozialdemokratInnen? Darüber debattierten zum Abschluss der internationalen Themenwoche »Zeit für Gerechtigkeit!« Viviana Piñeiro, Präsidentin der internationalen Jungsozialisten aus Uruguay, der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Hubertus Heil, der ehemalige Vorsitzende der Sozialistischen Partei Chiles und ehemalige Staatssekretär Gonzalo Martner, der Botschafter der Republik Südafrika Makhenkesi Arnold Stofile sowie Klaus Beck, Bundesvorstandssekretär des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

Was ist überhaupt Gerechtigkeit? Gibt es ein gemeinsames Begriffsverständnis? Die Jüngste, Viviana Piñeiro, sieht es pragmatisch. Nach Jahren der Militärdiktatur und rechter Regierungen in Uruguay gelangte 2004 ein linkes Parteienbündnis an die Regierung. Gerecht war es damals, sagte Piñeiro, zunächst die absolute Armut zu bekämpfen. Dann erst folgten strukturelle Reformen und eine langfristige angelegte Sozialpolitik. Vorbild: Die Steuerpläne der SPD. Heute wird Gerechtigkeit auch in Uruguay weiter gefasst. Aktuell geht es etwa darum, gleichgeschlechtliche Ehen und Abtreibungen zu legalisieren. »Gerechtigkeit ist der Zugang zur Freiheit für alle«, sagte Piñeiro.

»AUTOR DES EIGENEN LEBENS«

Ähnlich definierte auch Hubertus Heil den Begriff. Gerechtigkeit bedeutet für ihn, gleiche Lebenschancen zu haben und »Autor des eigenen Lebens« zu sein. Zum sozialdemokratischen Verständnis gehörten aber noch

zwei andere Grundwerte untrennbar hinzu: Freiheit und Solidarität. Heil warnte in diesem Zusammenhang, dass die Erosion von Gerechtigkeit bei vielen Menschen eine diffuse Angst befördere. Manche könnten das empfänglicher für populistische, rechte und antidemokratische Stimmungen machen. Wie gefährlich das sein kann, weiß Südafrikas Botschafter, der Jahrzehnte unter dem Apartheidregime litt. Gerechtigkeit sei nicht einfach zu definieren, sagte Stofile, jeden Tag müsse dafür gekämpft werden. Aber einen Grundsatz gibt es: »Alle Menschen sind gleich, egal welcher Hautfarbe, Nationalität oder welchen Geschlechts«.

Attac, Demonstrationen in Israel, Spanien, Chile oder die »Occupy Wall Street«-Bewegung zeigen, dass vor allem



junge Menschen mit der Politik und ihrer Abhängigkeit von den Märkten unzufrieden sind. Manche sprechen sogar von Politikversagen und einem Scheitern des marktwirtschaftlichen Systems. Der Chilene Gonzalo Martner beklagte den Kahlschlag des neoliberalen Projekts in Chile seit Pinochet. Die rechten Regierungen wollten die Beziehungen von Gewerkschaften und Unternehmern zerstören – und hätten das auch geschafft. Ziel seiner sozialistischen Regierung war es, Gewerkschaften zu stärken und mit einem gerechten Besteuerungssystem auch die Reichen an den Kosten zu beteiligen, um ein funktionierendes Sozialversicherungssystem aufzubauen. Mittlerweile seien er und seine Regierungskollegen zwar wieder abgelöst, doch sie hätten gezeigt, dass Gerechtigkeit möglich ist. Man dürfe die Hoffnung nie aufgeben.

»WIRTSCHAFTLICHE VORSTELLUNGEN UND SOZIALSTAATLICHE IDEEN SIND KEINE GEGENSÄTZE, SIE BEDINGEN SICH GEGENSEITIG«

Hubertus Heil gestand selbstkritisch Fehler der damaligen SPD-Regierung ein. Vielleicht habe auch die SPD zu sehr an die Marktkräfte geglaubt. Dennoch blieben Markt und Sozialstaat wichtig. »Wirtschaftliche



Vorstellungen und sozialstaatliche Ideen sind keine Gegensätze, sie bedingen sich gegenseitig«, sagte er. Auch andere TeilnehmerInnen betonten, dass es ohne wirtschaftliches Wachstum keine gerechte Entwicklung geben könne. Die Frage sei eben nur, was für ein Wachstum. Viviana Piñeiro verwies darauf, dass die Linke in Uruguay mit historisch hohen Wachstumsraten und einer



gezielten Umverteilungspolitik die Armut stark reduzieren konnte. Gonzalo Martner ergänzte: »Wachstum als solches kann kein Ziel sein, es ist ein Mittel zum Zweck, um das Leben der Menschen zu verbessern.«

Derart pragmatisch war auch die zentrale Forderung von Klaus Beck vom DGB. Wichtiges Ziel der Gewerkschaften sei aktuell die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die durch die Krise global enorm gestiegen ist. »Jenseits aller Wachstumsbegriffe sind das konkrete Probleme, die wir Gewerkschaften nicht dulden können«.

gerechteren Welt leben können? Darauf hatten die DiskussionsteilnehmerInnen keine abschließenden Antworten. Klaus Beck favorisierte kleine Annäherungsschritte durch persönliche Begegnungen und Austausch in der internationalen Zusammenarbeit. Bezüglich der Wirtschaftsordnung wünschte er sich eine entschlosseneren Regulierung der Finanzmärkte, einen Kraftakt ähnlich des Kyoto-Protokolls.

Südafrikas Botschafter hofft auf eine stärkere Mobilisierung von Gerechtigkeitsbewegungen wie Gewerkschaften und NGOs. »Solidarität muss neu erfunden werden!«, so seine Forderung. Viviana Piñeiro fragte sich, wieso es neben dem Weltsicherheitsrat nicht auch einen Weltrat für soziale Entwicklung geben könne. Als Vorsitzende der Jungsozialisten forderte sie eine globale Transaktionssteuer. Hubertus Heil blieb skeptisch: WTO, Weltbank, IWF, ILO seien alles wichtige Institutionen, »aber es ist schon in Europa schwer, nur eine gemeinsame sozialdemokratische Linie hinzubekommen«. Stärkere Anstrengungen von allen Akteuren seien notwendig.

REGULIERUNG DER FINANZMÄRKTE

Zum Abschluss kam ein wichtiger Punkt auf, der während der gesamten FES-Gerechtigkeitswoche im Fokus stand: Wie ist es möglich, politische Vereinbarungen und Regeln auch global umzusetzen, damit alle in einer



Frauen auf häusliche Tätigkeiten reduzieren und sie in ihrer persönlichen Entwicklung hemmen. Wer eine Entwicklung anstrebt, die die Ressourcen für nachfolgende Generationen bewahrt, muss immer auch Frauen als Subjekte und Protagonistinnen der Veränderungen hin zu einer solch nachhaltigen Welt sehen.

INTERVIEW

»BILDUNG IST EIN RECHT DER JUGEND« INTERVIEW

Weltweit protestieren Jugendliche für soziale Gerechtigkeit. Mit dem Blick einer jungen Frau aus dem Globalen Süden, wie definieren Sie Gerechtigkeit?

Für mich und andere Sozialisten und Sozialdemokraten hängt der Begriff »Gerechtigkeit« eng mit Gleichheit zusammen. Eine Parteifreundin aus Uruguay schreibt in seinem Buch: »Gleichheit ist der gleiche Zugang für alle zur gleichen Freiheit«. Gerechtigkeit hat meiner Ansicht nach genau damit zu tun. In Lateinamerika gibt es sehr unterschiedliche Lebenswelten. Es ist nicht das Gleiche, eine junge Frau in Uruguay oder in Bolivien zu sein. Die Probleme sind sehr unterschiedlich, auch weil wir verschiedene Regierungen haben.

Welche Rolle spielen die gerechte Verteilung von Ressourcen und das Verhältnis der Geschlechter für die Entwicklung eines nachhaltigen Gesellschaftsmodells?

Wir werden nie Gleichheit in einer Gesellschaft erreichen, wenn es keine Gleichheit der Geschlechter gibt – dass ist untrennbar verbunden und weltweit gültig. Es gibt Gesellschaften, die in dieser Hinsicht schon weit entwickelt sind, etwa in Europa oder auch in Uruguay und Argentinien. Aber es gibt immer noch Länder mit patriarchalen Ideologien, die

Wie viel Solidarität muss es zwischen den Generationen geben? Wie sieht eine generationengerechte Politikgestaltung aus?

Junge Menschen waren, sind und werden auch in Zukunft immer die ersten sein, die von weltweiten Krisen betroffen sind. Auch heute sind Jugendliche und vor allem junge Frauen am stärksten von Arbeitslosigkeit und mangelndem Bildungszugang betroffen. In Chile beobachten wir, dass der fehlende Zugang zu öffentlicher Bildung nicht nur die persönliche Entwicklung einzelner Jugendlicher, sondern die Entwicklung eines ganzen Landes bremsen kann. Wir müssen verstehen, dass Bildung ein Recht der Jugend ist und die ältere Generation sich solidarisch darum kümmern muss. Auch das Beispiel Uruguay zeigt: Wenn wir zu wenig ausgebildete junge Menschen haben, um das Wachstum unserer Wirtschaft zu tragen, behindert das unsere zukünftige Entwicklung.



Viviana Piñeiro

Präsidentin der internationalen Jungsozialisten (IUSY), Uruguay

7. - 10. NOVEMBER 2011

ZEIT FÜR GERECHTIGKEIT!
EINE INTERNATIONALE THEMENWOCHE DER FES

FISHBOWL-DISKUSSION

Montag, 07.11.2011

SOLIDARITÄT IN DER UNGLEICHHEIT? GERECHTIGKEIT AUS FEMINISTISCHER SICHT

Es diskutierten mit **Cosima Schmitt** (Die ZEIT): **Diana Aguiar**, Association for Women's Rights in Development, Rio de Janeiro, **Dr. Christa Wichterich**, NRO-Frauenforum, Bonn u. a.

AUFTAKTVERANSTALTUNG

MONTAG

Montag, 07.11.2011

GERECHTIGKEIT – ANTWORTEN AUF EINE GLOBALE FRAGE

Es diskutierten mit **Conny Czymoch** (PHOENIX): **Gesine Schwan**, Professorin und Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance, **Thomas Pogge**, Professor für Philosophie und Internationale Beziehungen, Yale University u. a.

FOTOAUSSTELLUNG

Montag 07.11. bis Donnerstag 10.11.2011

GRUNDEINKOMMEN IN NAMIBIA

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG

Dienstag, 08.11.2011

VOM ARABISCHEN FRÜHLING ZUR GE- RECHTEN DEMOKRATIE?

Es diskutierten **Habib Guisa**, Generalsekretär des tunesischen Gewerkschaftsverbands Confédération Générale des Travailleurs Tunisiens, **Chérif Ferjani**, Professor Université Lumière Lyon 2, Vorsitzender der Groupe de Recherche et d'Etudes sur la Méditerranée et le Moyen Orient u. a.

PODIUMSDISKUSSION

Montag, 07.11.2011

GERECHTE KLIMAPOLITIK – INTERNATIONALE PERSPEKTIVEN VOR DEM WELTKLIMAGIPFEL IN DURBAN

Es diskutierten mit **Dagmar Dehmer** (Der Tagesspiegel): **Martha Delgado Peralta**, Umweltministerin von Mexiko-Stadt, **Saber Hossain Chowdhury**, Mitglied des Parlaments und Vorsitzender der überfraktionellen Arbeitsgruppe zu Klimawandel und Umwelt, Bangladesch u. a.

PODIUMSDISKUSSION

Mittwoch, 09.11.2011

ALT UND ARM? – GERECHTE RENTENPOLITIK IN EUROPA

Es diskutierten **Ottmar Schreiner**, Mitglied des deutschen Bundestages, **Annelie Buntenbach**, Mitglied des Bundesvorstandes des DGB u. a.

FILMABEND MIT DISKUSSION

Dienstag, 08.11.2011

»MADE IN POVERTY« – ARBEITSBEDINGUNGEN IN DER KAMBODSCHANISCHEN TEXTILINDUSTRIE

Im Anschluss diskutierten der kambodschanische Gewerkschaftsexperte **Veasna Nuon** und **Minna Maaskola** von der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) mit den ZuschauerInnen über ihre Eindrücke.

KARIKATURENAUSSTELLUNG

Mittwoch, 09.11. bis Donnerstag, 10.11. 2011

UNGERECHTIGKEIT, AUFSTÄNDE UND REFORMEN – DER ARABISCHE FRÜHLING IN BILDERN

PODIUMSDISKUSSION

Mittwoch, 09.11.2011

GESUNDHEIT FÜR ALLE MENSCHEN

Es diskutierten **Thomas Pogge**, Professor für Philosophie und Internationale Beziehungen, Yale University, **Karin Roth**, Mitglied des deutschen Bundestags u. a.

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG

Mittwoch, 09.11.2011

SOZIALPOLITIK IN LATEINAMERIKA – MEHR SCHLECHT ALS (GE)RECHT?

Es diskutierten mit **Bernd Pickert** (taz): **Gonzalo Martner**, ehemaliger Vorsitzender der Sozialistischen Partei Chiles, **Pablo Stefanoni**, Chefredakteur Nueva Sociedad, Argentinien u. a.

ABSCHLUSSVERANSTALTUNG

Donnerstag, 10.11.2011

EINE FRAGE DER GERECHTIGKEIT – SOZIALDEMOKRATISCHE ANTWORTEN AUF GLOBALE KRISEN

Es diskutierten mit Petra Pinzler (Die ZEIT): **Klaus Beck**, Bundesvorstandssekretär, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), **Hubertus Heil**, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, **Viviana Piñeiro**, Präsidentin der internationalen Jungsozialisten (IUSY), Uruguay u. a.

7. - 10. NOVEMBER 2011

PUBLIKATIONEN DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG ZUR SOZIALEN GERECHTIGKEIT

Amami, Mongi

Social Security for All. A Call for Social Solidarity in Tunisia, FES, Berlin 2011

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/08204.pdf>

Cichon, Michael; Christina Behrendt; Veronika Wodsak

The UN Social Protection Floor Initiative. Turning the Tide at the ILO Conference 2011, FES, Berlin 2011

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/07814.pdf>

Dauderstädt, Michael; Keltek, Cem

Globale Ungleichheit: 50:1 für die Reichen!, FES, Bonn 2011

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08017.pdf>

Dauderstädt, Michael

Globales Wachstum zwischen Klima, Gleichheit und Demographie, FES, Bonn 2011

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07760.pdf>

Hamann, Gregor

Towards a New Social Contract. Social justice in North Africa and Middle East, FES, Berlin 2011.

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/08475.pdf>

Heise, Arne; Lierse, Hanna

Budget Consolidation and the European Social Model. The Effects of European Austerity Programmes on Social Security Systems, FES, Berlin 2011

<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07891.pdf>

Jauch, Herbert

Time to Turn the Tide. Tackling Poverty, Inequality and Unemployment in Southern Africa, FES, Berlin 2011

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/08221.pdf>

Javad, Susan

Social Cash Transfers. A Useful Instrument in Development Cooperation? Potential and Pitfalls, FES, Berlin 2011

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/08046.pdf>

Jochem, Sven

Scandinavian Labour and Social Policy. Models for a Preventive Welfare State, FES, Berlin 2011

<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07785.pdf>

Liebert, Nicola

No Social Justice Without Social Protection. What can International Development Cooperation do to Make the Social Protection Floor Intitiate Work? FES, Berlin, 2011

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/08519.pdf>

Martner García, Gonzalo Daniel

Ist eine bessere Einkommensverteilung möglich? Über ein modernes Konzept sozialer Gerechtigkeit, FES, Berlin 2011

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/08577.pdf>

Pogge, Thomas

Getting the Incentives Right. The Health Impact Fund: a Concrete Contribution to Global Justice and an Innovation in Global Health, FES, Berlin 2011

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/08344.pdf>

Razavi, Shahra

Engendering Social Security and Protection. Challenges for Making Social Security and Protection Gender Equitable, FES, Berlin 2011

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/08212-20120125.pdf>

Schulze Buschoff, Karin

Atypisch beschäftigt = typisch arm im Alter? Die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und der staatliche Schutz vor Altersarmut - ein europäischer Vergleich, FES, Berlin, 2011

<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08473.pdf>

Stern, Jan

Vorsorgende Qualitäten des französischen Sozialstaats. Wegweisende Beispiele aus Frankreichs Familien- und Arbeitsmarktpolitik, FES, Berlin 2011

<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08022.pdf>

Stöger, Harald

Rentensysteme und Altersarmut im internationalen Vergleich, FES, Berlin 2011

<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08472.pdf>

Taylor, Vivienne

A Question of Social Justice. A Social Minimum for Protection and Inclusion?, FES, Berlin 2011

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/08350-20110803.pdf>

Thabrany, Hasbullah

Social Security for All. A Continuous Challenge for Workers in Indonesia, FES, Berlin 2011

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/08152.pdf>

7. – 10. NOVEMBER 2011

IMPRESSUM

Herausgeber

Julia Müller, Simone Reperger, Ingrid Roß, Jochen Steinhilber
Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastr. 17 und 28
10785 Berlin
www.fes.de



Koordination

Julia Müller, Monika Schneider, David Weyand

Textredaktion

David Weyand, www.david-weyand.de

Fotos

Jens Schicke, www.jensschicke.de
Peter Dammann, www.dammann-lookat.ch

Gestaltung

Dreispringer – Agentur für Visuelle & Glückliche Kommunikation, Berlin, www.dreispringer.de

Druck

Media-Print Informationstechnologie GmbH, Paderborn, www.mediaprint.de

AutorInnen

Oliver Dalichau, Christoph Dinkelaker, Evelyn Ehrlenspiel, Uli Golaszinski, Judith Gouverneur, Rike Grunow, Thomas Hartmann, Joachim Knoop, Julia Kühne, Henrik Meyer, Julia Müller, Nina Netzer, Simone Reperger, Beyhan Sentürk, Susanne Stollreiter, Simon Vaut, David Weyand

Übersetzungen

Sabine Dörfler, Ulrich Golaszinski, Judith Gouverneur

Interviewtranskription

Thomas Hartmann

Herzlichen Dank an die FES-MitarbeiterInnen

Sara Brombart, Oliver Dalichau, Simone Döbbelin, Evelyn Ehrlenspiel, Svende Eickhoff, Claudia Freimann, Gabriela Glasneck, Ulrich Golaszinski, Judith Gouverneur, Anne Grunewald, Thomas Hartmann, Christiane Heun, Susan Javad, Martin Johr, Katrien Klüver, Joachim Knoop, Julia Kühne, Konstanze Lipfert, Henrik Meyer, Nina Netzer, Ulrike Rebele, Katharina Reinert, Sandra Richter, Hilmar Ruminski, Kristina Schatz, Monika Schneider, Beyhan Sentürk, Susanne Stollreiter, Edith Tapsoba, Almut Weiler

Weitere Informationen, Interviews und Videos

www.fes.de/gerechtigkeitswoche

ISBN 978-3-86498-177-7



ISBN 978-3-86498-177-7